

## Exzessiver Holzeinschlag

Exzessive Abholzung riesiger Gebiete unberührten Urwalds durch die Militärjunta, aufständische Gruppen und durch chinesische Firmen haben eine ökologische Zerstörung unvorstellbaren Ausmaßes verursacht, so eine internationale Umweltorganisation. Mit dem Geld, das mit der Ausbeutung dieser Ressourcen verdient wird — in einem der am dichtesten bewaldeten Ländern der Erde — wird unter anderem der Krieg zwischen der Regierung und ethnischen Rebellen finanziert, so »Global Witness«, eine Organisation mit Sitz in London, in einem Bericht, der Anfang Oktober 2003 veröffentlicht wurde. »Das Geld, das damit vom Regime und den Aufständischen gleichermaßen verdient wird ..... hat dazu beigetragen, den gewalttätigen, bewaffneten Konflikt in Burma zu verlängern«, sagte Jon Buckrell von »Global Witness« auf einer Pressekonferenz.

Im Jahr 2002 machte der Verkauf von Holz 9,3 Prozent der offiziellen Einkünfte der Junta in Burma aus, die seit 1962 an der Macht ist, hieß es in einem Bericht mit dem Titel

»Ein Konflikt der Interessen: Die unsichere Zukunft des burmesischen Waldes«. Doch der wahre Umfang des Holzhandels sei mindestens doppelt so groß, so Buckrell. »Burma ist sehr reich an Naturerschätzen, aber umgeben von Ländern, die gierig nach Ressourcen sind, und das hat das Regime voll zu seinem Vorteil ausgenutzt.« Regierungsbeamte standen für einen Kommentar nicht zur Verfügung. »Global Witness« hat seine Nachforschungen im Jahr 2001 durchgeführt. Die Forscher haben die chinesisch-burmesische Grenze entlang des nördlichen Kachin-Staates besucht.

Laut dem Bericht haben die Aktivitäten beim Holzeinschlag zugenommen, nachdem die Junta 1989 Waffenstillstandsabkommen mit verschiedenen ethnischen Guerilla-Gruppen geschlossen und ihnen Konzessionen für den Holzeinschlag gegeben hat.

Gleichzeitig ist das burmesische Militär genauso stark in den Holzeinschlag involviert wie Guerilla-Gruppen, die das Regime immer noch bekämpfen, so der Bericht weiter. Zusätzlich zu ihrer eigenen Aktivi-

tät, transportieren Militäreinheiten illegales Holz mit Hilfe von Zwangsarbeitern, sie geben die Erlaubnis für den Holzeinschlag und erheben Steuern auf legalen und illegalen Einschlag und Transport, heißt es in dem Bericht.

Am meisten profitieren jedoch die Chinesen, die die Arbeit für die Inhaber der Konzessionen machen und exorbitante Summen für die schwierige Durchführung der Arbeit in Rechnung stellen.

»Der Holzeinschlag hat zu Umweltzerstörung geführt, vor allem im Kachin-Staat, wo die chinesischen Holzfirmen große Gebiete unberührten Urwalds abgeholzt haben.«

Dem Bericht zufolge bauen die Chinesen Straßen und beschäftigen Zehntausende von chinesischen Arbeitern, um die Wälder abzuholzen und über die Grenze zu Möbelfirmen in China zu transportieren. Laut chinesischen Importdaten hat China im Jahr 2002 über eine Million Kubikmeter Holz aus Burma importiert; im Jahre 2003 werden es wahrscheinlich über 1,4 Millionen Kubikmeter sein.

vgl. AP, 8.10.2003

## Nationalkonvent

Um den politischen Stillstand in Burma zu beenden, der nun schon seit zehn Jahren herrscht, um die nationale Versöhnung zu verwirklichen, und um eine neue Verfassung zu erarbeiten, trifft die Regierung Burmas Vorbereitungen, die nationale verfassungsgebende Versammlung wieder zusammenkommen zu lassen, die seit acht Jahren vertagt ist.

Aung San Suu Kyis Nationale Liga für Demokratie (NLD) hatte den Konvent 1995 verlassen, 1996 wurde er suspendiert. Um ihn wieder aufzunehmen, hat General Than Shwe, Vorsitzender des Staatsrates für Frieden und Entwicklung (SPDC), am 6. September 2003 eine fünfköpfige Kommission ernannt, mit Leutnant-General Thein Sein — zweiter Sekretär des SPDC — als Vorsitzenden und dem

Obersten Richter U Aung Toe und General-Major Tin Htut — als Minister für Elektrizität — als Vize-Vorsitzenden. Ende September erhielt die Kommission 13 weitere Mitglieder, und am 2. Oktober wurde ein 35-köpfiges »Arbeitskomitee für die Wiederaufnahme der verfassungsgebenden Versammlung« geformt.

Diese Wiederaufnahme ist der erste Schritt von Burmas sieben Punkte »Roadmap« zur nationalen Versöhnung und Demokratie. Die »Roadmap« wurde am 30. August verkündet und beinhaltet die Wiederaufnahme der verfassungsgebenden Versammlung, die bereits 1993 ihre Arbeit aufnahm, den Entwurf einer neuen Verfassung, die Annahme der Verfassung durch ein nationales Referendum, die Durchführung freier und fairer Wahlen

und die Konstituierung eines Parlaments, das wiederum eine neue Regierung formt.

Die NLD hat die Wahlen 1990 mit 392 von 485 Parlamentssitzen gewonnen. Trotz Verkündung der »Roadmap« machte die Regierung keine Aussage zur Freilassung Suu Kyis oder wann die verfassungsgebende Versammlung ihre Arbeit aufnehmen wird und ob die NLD teilnehmen kann.

Seit 15 Jahren gibt es keine gültige Verfassung. Die erste Verfassung wurde 1947, vor der Unabhängigkeit, verabschiedet, die zweite 1974, unter Ne Wins Herrschaft. Nach der Machtübernahme am 18. September 1988 hat die jetzige Militärregierung die Verfassung von 1974 außer Kraft gesetzt, eine neue Verfassung wurde aber nie verabschiedet.

vgl. Xinhua, 7.10.2003

# nachrichten

## Lob auf ASEAN-Gipfel

Auf dem Gipfeltreffen der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) auf Bali in der vergangenen Woche erntete Burma von den Regierungschefs der anderen neun Mitgliedstaaten Lob für positive Entwicklungen und den von Premierminister General Khin Nyunt vorgelegten Plan zu einem Übergang zur Demokratie. Der beinhaltet zwar die Aussicht auf freie Wahlen und eine neue Verfassung, aber weder Aung San Suu Kyi und die Opposition noch ein Zeitrahmen werden erwähnt.

Einige ASEAN-Staaten hatten zwar vor dem Gipfel in ungewöhnlich scharfer Sprache auf die Freilassung Aung San Suu Kyis gedrängt, Indonesiens Ex-Außenminister Ali Alatas und Thailands Außenminister Surakiart Sathirathai hatten vorher den Generälen Besuche abgestattet — während des Gipfels spielte die politische Situation in Burma nur noch in bilateralen Gesprächen am Rande eine Rolle. Premierminister Khin Nyunt dankte den Staaten Südostasiens später für die fehlende Kritik: Kooperation, nicht Konfrontation sei beim Wechsel zur Demokratie hilfreich. Burma ist seit 1997 Mitglied des ASEAN-Verbundes.

vgl. The Nation, 8.10.2003; Mizzima 11.10.2003

# nachrichten

## Tote bei Unruhen

Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen sind elf Menschen ums Leben gekommen. Die Zusammenstöße begannen in Kyaukse, 30 Kilometer südlich von Mandalay. Mehrere Gebäude, darunter zwei Moscheen, wurden zerstört. Ein Protest von rund 1000 Mönchen in Mandalay gegen die Inhaftierung des buddhistischen Mönch Weik Seitta wurde von der Armee niedergeschlagen. Dabei wurden ein Mönch getötet und weitere verletzt. Die Autoritäten verhängten eine Ausgangssperre. Über die Ursachen der Auseinandersetzungen ist nichts bekannt. Die antimuslimischen Übergriffe breiteten sich von Zentralburma bis nach Moulmein, die Hauptstadt des Mon-Staates, aus.

Ein Oppositionspolitiker befürchtet, das Militär werde die Unruhen dafür nutzen, die Aufmerksamkeit von den innenpolitischen Problemen abzulenken. Die Junta soll die Unruhen mit angezettelt haben. 1997 soll sie laut ähnliche Auseinandersetzungen hervor provoziert haben.

vgl. *Democratic Voice of Burma* 29., 31.10.03, AFP 30.10.03, Reuters 31.10.03

## Armee verkauft Waffen

Die ethnische Armee der Wa in Burma hat Kambodscha als Hauptquelle kleiner Waffen für Rebellengruppen in Südostasien abgelöst, so ein Burma-Experte Anfang Oktober. Bertil Lintner erklärte, dass die »Vereinigte Armee des Wa-Staates«, Südasiens größter Drogenhändler, die Waffen sowohl von privaten Waffenhändlern in China als auch von Milizengruppen, die aufgelöst werden, da China seine Sicherheitskräfte verkleinert, kauft. Die Wa verkaufen die Waffen dann weiter an andere Rebellengruppen. Ihr Gebiet wird zunehmend eine kriminelle Republik, so Lintner.

»Was jetzt passiert, ist, dass immer mehr Gewehre und leichte Waffen von China durch das Wa-Gebiet gehen ... und von hier aus weiter durch Rangun und Moulmein«, so der schwedische Journalist und Autor in einem Interview. Moulmein ist die Hauptstadt des Mon-Staates.

Lintner, der in Chiang Mai lebt, hat für ein Buch, das letztes Jahr erschienen ist (»Blutsbrüder«), Nachforschungen über Waffenhandel und andere organisierte kriminelle Aktivitä-

ten in Asien durchgeführt. Während der 1980er Jahre, so Lintner, hat Kambodscha die Rebellen in Burma, Sri Lanka, Indien und Indonesien mit Waffen beliefert. Seither lief der Handel im Untergrund.

Die burmesische Regierung hat im Allgemeinen beide Augen zugedrückt, wenn es um den Waffenhandel der Wa ging, seit man 1989 einen Waffenstillstand mit der »Vereinigten Armee des Wa-Staates« unterzeichnet hat, sagte Lintner. Das Abkommen garantierte den Wa eine umfassende Autonomie in den Gebieten, die sie im Shan-Staat kontrollieren; inklusive einer eigenen Armee. Kritiker sagen, dass die Wa ihre Gebiete als Basis für viele kriminelle Aktivitäten nutzen.

Waffenlieferungen aus ihren Gebieten wurden in den vergangenen Jahren mindestens dreimal in Burma und den Nachbarstaaten abgefangen, meinte Lintner. Er fügte hinzu, dass die ersten beiden Lieferungen vor einigen Jahren in Indien — nahe der burmesischen Grenze — abgefangen wurden. Die Lieferungen waren eigentlich für die Naga-Rebellen bestimmt, die gegen die

indische Regierung um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Die Lieferung umfasste AK47, G3 und G4 automatische Gewehre sowie Funkausrüstung. Die dritte Lieferung wurde innerhalb Burmas abgefangen und umfasste mindestens eine Lastwagenladung AK47 und Sprengstoff, so Lintner. Die Waffen sollen angeblich für Nepal bestimmt gewesen sein, wo maoistische Rebellen gegen die Regierung kämpfen. Zusätzlich zum Waffenschmuggel handelt die Wa-Armee auch mit Heroin, Amphetaminen und Zigaretten und kopiert Audio- und Video-CDs, meinte Lintner.

Die burmesische Regierung meint dagegen, dass die Wa ungerechterweise für die Drogenprobleme der Region verantwortlich gemacht werden. »Nach Aussagen von Wa-Offiziellen wird die autonome Region demokratisch regiert, die Herrschaft des Gesetzes hat dabei die erste Priorität«, hieß es in einem Artikel, der vergangenes Jahr im Regierungsmedium »New Light of Myanmar« erschien.

vgl. *Irrawaddy*, 8.10.2003

## Militärisches Training

Der SPDC lässt Zivilisten militärische Trainings für die »Verteidigung gegen ausländische Aggression« durchlaufen. Seit dem 7. Oktober 2003 wurden Fabrikarbeiter in Rangun gezwungen, an der Ausbildung teilzunehmen.

U Maung Maung Hein berichtet: »Das Training für 200 Zivilisten wird an vier separaten Orten abgehalten, vor allem auf Schulhöfen. Sie werden einen Monat lang jeden Nachmittag von vier bis sechs Uhr ausgebildet. Während der Eröffnungszeremonie sagte ein Sprecher, dass die Menschen trainiert werden, um ihr Vaterland gegen ausländische Aggressionen zu verteidigen und — falls notwendig — werden sie auch bewaffnet.«

Ein Arbeiter, der gezwungen wurde — trotz seines täglichen Kampfes ums Überleben — an

dem Training teilzunehmen, erzählt: »Die lokalen Behörden riefen uns zusammen. Eine Person pro Arbeitseinheit wird gezwungen, abends an dem Training teilzunehmen. Wir arbeiten den ganzen Tag, abends trainieren wir. Wir haben keine Zeit mehr, etwas anderes zu tun.«

U Kyaw Htet, der Vorsitzende der »Volksverteidigungskraft« mit Sitz an der thai-burmesischen Grenze sagte, dass dies der verzweifelte Versuch von Diktatoren sei, die Aufmerksamkeit der Menschen von der fürchterlichen Situation im Land abzulenken. Er fügte hinzu, dass diese Ausbildung eines Tages gegen das Regime selbst eingesetzt werden könnte, wenn das Volk Burmas das Regime loswerden möchte.

vgl. *Democratic Voice of Burma*, 14.10.2003

## Aung San Suu Kyi wieder zu Hause

Seit dem Zusammenstoß zwischen Gegnern und Anhängern der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und ihrer Partei, der *National League for Democracy* (NLD) war Suu Kyi an einem Ort in der Nähe Rangun in »Schutzhaft« gehalten worden. Am 17. September 2003 wurde sie in einem Privatkrankenhaus der Hauptstadt operiert. Nach offiziellen Angaben handelte es sich um einen gynäkologischen Eingriff. Nach der Entlassung Ende September konnte sie in ihr Haus zurückkehren. Bisher durfte sie es aber noch nicht wieder verlassen.

vgl.: *Bangkok Post* 27.9. 2003